

Vorlage Nr. XI/11/2017
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Vorlage der Expertenkommission "Optimierung Gefahrenfrüherkennung Problemimmobilien" zur Verbesserung der Datengrundlagen für die präventiven Maßnahmen

A Problem

Als Maßnahme zum Schutz der BewohnerInnen/MieterInnen richtete der Magistrat eine „Expertenkommission“ und eine Lenkungsgruppe zur Optimierung der Gefahrenfrüherkennung in Problemimmobilien ein. Ziele dieser Expertengruppe sind u. a. die Identifizierung von Problemimmobilien, die Evaluierung bestehender gesetzlicher Vorgaben, die Bewertung und die Erarbeitung ggfs. erforderlicher Anpassungsbedarfe.

Das derzeitige Vorgehen zur Identifizierung von Problemimmobilien basiert in der Regel auf der Auswertung von Hinweisen aus verschiedenen Fachämtern und anderen externen Quellen. Diese Vorgehensweise ist dahingehend zu optimieren, dass anhand bereits vorhandener Daten in den verschiedenen Fachämtern (z. B. Meldedaten, Katasterdaten, ggfs. Daten der Energieversorger oder Wohnungsbaugesellschaften) eine automatisierte präventive Analyse unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Rahmenbedingungen erfolgen kann.

B Lösung

Zur Zusammenführung und Visualisierung von Daten aus verschiedenen Anwendungen der Stadtverwaltung wird durch das Amt 62 ein Graphisches Informationssystem betrieben. Die Daten verschiedener Fachanwendungen werden in dieses System über Schnittstellen importiert, mit Geodaten verschnitten und (z. B. in einer Stadtkarte) visualisiert.

Die Nutzung dieses Systems zur Zusammenführung und Visualisierung von Daten verschiedener relevanter Fachanwendungen (z. B. Meldedaten, Katasterdaten, ggfs. Daten der Energieversorger oder Wohnungsbaugesellschaften und weitere Datenquellen) als weitere Möglichkeit der Früherkennung von Missständen wird vorgeschlagen. Insbesondere datenschutzrechtliche Aspekte sind hierbei zu berücksichtigen.

Über eine geeignete Abfrage können nach einer Implementierung eines solchen Systems (in Abhängigkeit der Validität der Daten) dann u. a. Belegungen pro Quadratmeter Fläche, Energieversorgung und weitere relevante Informationen dargestellt und als Informationssystem zur Gefahrenfrüherkennung genutzt werden.

Aufgrund der besonderen datenschutzrechtlichen Brisanz wird vorgeschlagen, den Aufbau dieses Systems durch eine externe datenschutzrechtliche Expertise zu begleiten.

C Alternativen

Keine, die der Aufgabenstellung der Expertenkommission entspricht.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Kurzfristig keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen, der Aufbau dieses Systems kann derzeit durch Aufgabenpriorisierung/-verlagerung mit vorhandenem Personal unter teilweiser Zurückstellung anderer Aufgaben durch das Amt 62 und den Administratoren der Fachanwendungen in den Ämtern sichergestellt werden.

Die Kosten für die externe Erstellung einer datenschutzrechtlichen Expertise können abschließend erst nach Durchführung einer Ausschreibung detailliert benannt werden. Es wird von Kosten bis zu 20.000 € ausgegangen. Die können nicht aus dem Budget der Feuerwehr kompensiert werden. Für die Finanzierung dieser Maßnahme muss eine zentrale Lösung gefunden werden.

Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen MitbürgerInnen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Obwohl sich ein Großteil der Problemimmobilien in Lehe befindet, liegt eine besondere örtliche Betroffenheit nur eines Stadtteils nicht vor, da sich die Arbeit auf das gesamte Stadtgebiet auswirkt.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage wurde mit dem Dezernat VI und der Magistratskanzlei abgestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt die Nutzung des im Amt 62 vorhandenen Graphischen Informationssystems zur Zusammenführung und Visualisierung von Daten verschiedener relevanter Fachanwendungen (z. B. Meldedaten, Katasterdaten, ggfs. Daten der Energieversorger oder Wohnungsbaugesellschaften und weitere Datenquellen) als weitere Möglichkeit der Früherkennung von Missständen. Zur Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Aspekte ist eine externe datenschutzrechtliche Expertise zu vergeben. Der Magistrat bittet die Stadtkämmerei, die Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen aus zentralen Haushaltsmitteln sicherzustellen.

Hoffmann
Stadtrat